

ZUR SACHE

Ein erster Schritt in die neue Klimawelt



Nach zähem Ringen hat sich die UNO-Klimakonferenz in Lima auf erste Eckpunkte für einen Weltklimavertrag geeinigt. Aber viele Fragen sind noch offen.

Mit dem Abkommen von Lima tasten sich die Länder vorsichtig in eine neue Welt der internationalen Klimapolitik vor. In Zukunft müssen nicht nur die Industriestaaten, sondern alle Länder ihre Emissionen begrenzen. Die Beschlüsse von Lima sind noch kein Durchbruch zu diesem neuen Paradigma, aber sie bieten eine solide Grundlage. Jedes Land muss nun prüfen, was es zum Klimaschutz beitragen kann. Klimaschutz wird so zu einer gemeinsamen Aufgabe der Menschheit. Die ärmsten Länder der Welt brauchen dabei auf jeden Fall auch Unterstützung. Dies gilt insbesondere für die Anpassung an den Klimawandel.

Klar ist aber auch, dass die grossen Schwellenländer und wohlhabenderen Entwicklungsländer den Umbau ihrer Energiesysteme weitgehend selber stemmen müssen. Wichtiger als Klimagelder aus Industriestaaten sind hier ein gutes Investitionsklima und weiter fallende Preise für Solaranlagen und Windräder. Zudem dürfen CO₂-Emissionen nicht länger kostenlos sein. Dies kann durch eine CO₂-Steuer oder ein Emissionshandelssystem erreicht werden, wie es in Europa bereits existiert und ab 2016 in China landesweit eingeführt werden soll.

In der neuen Klimawelt ist Klimaschutz zwar freiwillig. Aber immer mehr Länder erkennen, dass der Aufbau eines modernen Energiesystems in ihrem ureigensten Interesse liegt. Dies kann die UN-Klimakonvention koordinieren und unterstützen. Mit dem Abkommen von Lima hat sie dazu einen ersten, wenn auch kleinen Schritt getan. Nun sind wieder die einzelnen Länder am Zug: Sie müssen sich schon sehr bald anspruchsvolle Emissionsziele setzen.

Christian Mihatsch
ausland@tagblatt.ch

PRESSESCHAU

Wird Blocher-Bewunderer Markus Somm neuer Chefredaktor der NZZ?

Sonntagszeitung Im rechten Lager kommt es zum grossen Machtkampf. Ausgelöst durch einen Führungswechsel bei der Neuen Zürcher Zeitung, der eigentlich kommerzielle Gründe hat, geht es nun um viel mehr, nämlich um die Rangordnung im rechten Lager und die Mehrheitsverhältnisse in Bern. Dort ist die traditionelle bürgerliche Mehrheit von einer Mitte-links-Koalition minorisiert worden. Das hat sich in der Debatte um den Atomausstieg deutlich gezeigt.

NZZ am Sonntag Zum Auftakt des Wahljahrs hat die «Weltwoche», neben der «Basler Zeitung» die Stimme Blochers in der Schweizer Publizistik, zum Schulterschluss zwischen FDP und SVP aufgerufen. Es ist ein erstaunlicher Aufruf, stellt doch der Kampf gegen die FDP seit Jahren ein Kernelement blocherscher Politik dar. (...) Die Agenda der beiden Parteien nährt sich aus einem ganz anderen Wertesystem. Wenn diese Unterschiede nun verwedelt werden, handelt es sich um eine Fortsetzung früherer Attacken. Wie sagte doch Hamlet: «Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode.»

TAGBLATT

Leitung Regionalmedien: Jürg Weber

Chefredaktion: Philipp Landmark (Chefredaktor); Silvan Luchinger (stv. Chefredaktor; Leitung Ostschweiz am Sonntag); Bruno Scheible (stv. Chefredaktor; Regionalleiter); Jürg Ackermann (Blattmacher); Sarah Gerteis (Leitung Online-Redaktion)
Erweiterte Chefredaktion: David Angst (Leitung Thurgauer Zeitung); Daniel Wirth (dwi, Leitung St. Gallen/Gossau); Andreas Bauer (Dienstchef)

Verlag und Druck:

St. Galler Tagblatt AG, Fürstenlandstrasse 122
Postfach 2362, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 78 88

Leitung Marketing und Verlag: Christine Bolt

Verbreitete Auflage: WEMF 2014 128 569 Ex.

Inserate: Publicitas AG, Fürstenlandstrasse 122, 9001 St. Gallen. Tel. 071 221 00 21, Fax 071 221 03 30
www.publicitas.ch – E-Mail: tagblatt@publicitas.ch
Stefan Bai, Leitung Werbemarkt

Für einmal geht's nicht ums Geld

Das wichtigste Ergebnis der Klimakonferenz in Peru: Bis Ende März müssen alle Länder dem UNO-Klimasekretariat mitteilen, was sie ab dem Jahr 2020 für den Schutz des Klimas tun wollen.

CHRISTIAN MIHATSCH/LIMA

Um die Ziele der verschiedenen Länder vergleichbar zu machen, schreibt das Abkommen von Lima relativ detailliert vor, wie diese Eingaben der Länder auszusehen haben. «Damit besteht eine gute Basis für die Klimakonferenz in Paris im nächsten Jahr», sagt Jennifer Morgan von der Umweltorganisation World Resources Institute. Weniger positiv äussert sich hingegen Sven Harmeling von der Entwicklungsorganisation Care: «Das Abkommen ist enttäuschend. Es fehlt ein Mechanismus zur Evaluation der nationalen Emissionsziele. Aber es bringt uns bis Paris.» Dort soll 2015 ein neuer Weltklimavertrag verabschiedet werden, mit dem die Welt auf einen Emissionspfad gelangt, der die Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels ermöglicht. Übersteigt die Klimaerwärmung zwei Grad, werden Kippunkte erreicht, ab denen sich der Klimawandel selbst verstärkt und nicht mehr zu stoppen ist.

Im Gegensatz zu früheren Klimakonferenzen war nicht der Streit um Geld der Grund für die grosse Verspä-

tung. In den ersten zehn Tagen der Konferenz forderten die Entwicklungsländer noch vehement einen Fahrplan zu den 100 Milliarden Dollar, welche die Industriestaaten den Entwicklungsländern ab dem Jahr 2020 versprochen hatten. Doch dann wurde Geld bedeutungslos. «Der Kreis der möglichen Geberländer wurde immer kleiner», sagt Franz Perez, der Leiter der Schweizer Delegation. «Das geht eindeutig gegen die Interessen der Ärmsten. Es ist absurd, aber das haben die Entwicklungsländer selber so gewollt.»

Auch Saudi-Arabien gefordert

Das bestimmende Thema in den letzten Stunden der Konferenz gestern morgen war nämlich die Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Die UNO-Klimakonvention listet in einem Anhang die Industriestaaten auf. Wer nicht auf dieser Liste aus dem Jahr 1992 steht, gilt als Entwicklungsland. Dieser Status war bislang mit Privilegien verbunden: Für Entwicklungsländer war Klimaschutz und die Unterstützung ärmerer Länder freiwillig.

Während Griechenland mit einem Pro-Kopf-BIP von 25650 Dollar verpflichtet ist, seine Emissionen zu senken und Klimagelder bereitzustellen, ist dies für Saudi-Arabien freiwillig. Dabei ist das Königreich mit einem BIP von 53780 Dollar pro Kopf doppelt so reich. Dies soll sich mit dem neuen Klimavertrag von Paris ändern. In Zukunft müssen alle Länder ihre CO₂-Emissionen begrenzen.

Zentrale Weichenstellung

Doch einige Entwicklungsländer sind noch nicht bereit, die alte Zweiteilung der Welt aufzugeben. Denn es geht nicht nur ums Klima: «Das Abkommen von Paris ist die zentrale Weichenstellung für die zwischenstaatliche Ordnung der Welt», sagt Jochen Flasbarth, Staatssekretär im deutschen Umweltministerium. «Hier geht es nicht nur ums Klima. Eine neue Ordnung hat auch Auswirkungen auf andere Politikbereiche.»

In Lima hat sich der Widerstand gegen diese neue Ordnung in einer Verhandlungsgruppe organisiert, der «Gruppe der Gleichgesinnten». Zu dieser Gruppe gehören China, In-

dien, Ölexporteure wie Saudi-Arabien und Venezuela sowie linke lateinamerikanische Länder wie Kuba und Bolivien. Sprecher der Gruppe ist dieses Jahr Malaysia. Dieses lehnte sogar einen Halbsatz ab, der «Länder, die dazu willens sind», einlädt, Klimagelder bereitzustellen. Denn dadurch könnte ja die Zweiteilung aus dem Jahr 1992 aufgeweicht werden.

Applaus als Gradmesser

Anhand des Applauses war die Zweiteilung im Konferenzraum immer wieder deutlich zu erkennen. Die EU, die USA, die Schweiz, die fortschrittlichen lateinamerikanischen Länder, die kleinen Inselstaaten und die ärmsten Länder beklatschten sich gegenseitig. Die «Gleichgesinnten» hingegen erhielten nur von einigen afrikanischen Ländern Applaus. Die harten Auseinandersetzungen in Lima liessen sich aber auch positiv sehen, meint Franz Perez: «Sie zeigen, dass China und die Gleichgesinnten den Vertrag von Paris ernst nehmen. Sie sind sich sehr bewusst, dass sie in Zukunft ebenfalls Verantwortung übernehmen müssen.»



Bild: ap/Martin Mejia

Protest von Umweltorganisationen in Lima: Sie fordern die Staatsoberhäupter der grössten Länder auf, Lösungen («Soluciones») zu liefern.

China ist Bremser und Hoffnungsträger

INNA HARTWICH/PEKING

Manchmal klappt es tagelang mit dem blauen Himmel in China. Ein Gewaltakt ist dafür nötig, um die über Jahre verdreckten Städte mit smogfreier Luft zu versehen. Dass Chinas Kommunistische Partei dazu in der Lage ist, hat sie erst kürzlich beim Gipfel der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (Apec) in Peking bewiesen. Tausende Fabriken mussten schliessen, Baustellen lagen still, nur noch wenige Autos fuhren durch die weitgehend freien Strassen. Doch selbst dabei musste die Zentralregierung auf passende Wetterbedingungen hoffen. Ohne starken Wind liess sich der giftige Nebel trotz umfangreicher Verbote nicht aus der Stadt vertreiben.

Dass Hauruck-Aktionen wie diese langfristig ohnehin wenig bewirken, das wissen an sich auch die Chinesen. Sie sind es selbst, die die übelriechenden Feinstaubpartikel in ho-

hen Mengen einatmen und sich als «menschliche Staubsauger» bezeichnen. 92 Prozent der chinesischen Städte erreichten 2013 den nationalen Luftqualitätsindex nicht. China kämpft zudem mit Wetterextremen. Die Zahl der Taifune steigt, die Gletscherfläche ist seit den 1950er Jahren um zehn Prozent geschrumpft. Vor allem Chinas Norden kämpft mit Wasserknappheit. In den vergangenen 60 Jahren sind Tausende Flüsse verschwunden.

Im Gleichschritt mit Obama

Für ein besseres Klima müsste ein genereller Strukturwandel her. Die Möglichkeit einer solchen Umkehr blitzte kurz auf, als Chinas Präsident Xi Jinping und sein US-amerikanischer Amtskollege Barack Obama im November überraschend neue Klimaschutzziele verlauten liessen: Während die Chinesen bis spätestens 2030 den Höhepunkt ihrer CO₂-Emissionen erreicht haben wollen, kün-

digten die USA an, den Ausstoss an Treibhausgasen spätestens bis 2025 um 25 bis 28 Prozent im Vergleich zum Jahr 2005 zu drücken. Wie ernst aber kann es China mit einer solchen Wende sein?

Der grösste Klimasünder der Welt

Bei der Klimakonferenz in Lima zeigte sich die Volksrepublik in ihrem alten Element und schlüpfte wieder einmal in die Rolle der Bremserin. Da man zunächst keine ausdrückliche Unterscheidung zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern mehr machen wollte, zog sich China von Zugeständnissen zurück. Die Chinesen, die immer wieder darauf beharren, ein Entwicklungsland zu sein, finden es seit jeher unfair, ihre Entwicklung dem Klimaschutz zu opfern. Dabei stösst ein Chinese jährlich durchschnittlich 7,2 Tonnen CO₂ aus, ein Amerikaner liegt mit 16 Tonnen deutlich darüber, ein Europäer verbraucht 6,8 Tonnen. Hochgerech-

net bläst China jedoch fast doppelt so viel Treibhausgas in die Luft wie die USA, es verbraucht mit vier Gigatonnen Kohle fast so viel wie der Rest der Welt zusammen. Damit ist das Land der grösste Klimasünder der Welt, allerdings auch der grösste Hoffnungsträger. Wenn die Chinesen mitziehen, könnte der Plan, die Emissionen auf Dauer zu verringern, doch noch aufgehen. Denn das Land setzt sich durchaus auch stark für die erneuerbaren Energien ein. Im vergangenen Jahr investierte China 56 Milliarden US-Dollar in Sonnen- und Windkraft. Das ist Weltrekord.

Gleichzeitig aber arbeiten die Chinesen am Ausbau ihrer Kohlekraftwerke. So hält die Partei am Alten fest und versucht mit gängigen Methoden den Wohlstand der Menschen zu steigern, den sie einst versprochen hatte. Lima zeigt, dass China internationale Verpflichtungen weiterhin ablehnt, es lässt sich lediglich auf Unverbindliches ein.